



Was kommt auf uns zu?

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Viele von uns stellen sich diese Frage, doch eine Antwort hat so recht keiner.

Sicher ist, dass wir nächstes Jahr Tarifverhandlungen haben und dabei geht es um mehr als der oder die eine glauben mag.

Es geht darum, unsere Tarifbeschäftigten aus der Billiglohngruppenebene herauszuholen.

Es geht aber auch darum, für unsere dann folgenden Besoldungsverhandlungen eine gute Grundlage zu bilden.

Die grün-schwarze Landesregierung hat schon verlauten lassen, dass sie die Beamtengehälter bei einem Prozent festschreiben möchte. Diese Aussage hat sie getroffen, obwohl es höchstrichterliche Rechtsprechung gibt, wonach der Abstand zwischen Tarifabschluss und Gehaltserhöhung bei den Beamten nicht zu groß sein darf.

Das bedeutet:

- Diese Landesregierung will und wird sich für einen niedrigen Tarifabschluss einsetzen, denn sie sind ja Partei der öffentlichen Arbeitgeber bei den Verhandlungen.
- Somit kann sie dann die Erhöhung der Beamtengehälter ohne Probleme auf ein Prozent festschreiben.
- Danach wird sie sich an die Pensionen machen und hier ebenfalls Kürzungen vornehmen.

Wir werden mal wieder zum Sparschwein der Nation

Augrund der Terrorlage, des Gewaltaufkommen, der Einbruchskriminalität, um nur drei Beispiele der wesentlich umfangreicheren Tätigkeiten zu nennen, braucht die Polizei eine bessere und zusätzliche Ausrüstung und Ausstattung. Da ist es doch einfach, die, die diese Ausrüstung und Ausstattung benötigen, sie auch selber bezahlen zu lassen.



Was für eine verdrehte Welt.

Im Kaiserreich gab es eine Anweisung für die Beamtenschaft, dass diese im Winter ein Brikett pro Tag in den Dienst zum beheizen der Büroräume mitzubringen hatten.

Ich habe den Verdacht, dass wir langsam aber sicher wieder in diese Zeit abgleiten.

Dabei begeht die verantwortliche Politik einen Gedankenfehler.

Nicht wir, – sondern die Politik war es, die die Polizei und andere Einrichtungen wie Justiz totgespart haben.

– Es war die Politik, die Personal abgebaut und Stellen gestrichen haben!

– Es war die Politik, die nicht auf die Hinweise, Ratschläge und Warnungen gehört hat!

Nun übt man sich in Versprechungen und Zusagen, von denen jeder weiß, dass sie nicht realisierbar sind und nicht eingehalten wer-

den. Doch dieses Spiel kennen wir ja zur Genüge.

Wir werden uns auf harte Zeiten einstellen müssen und auch darauf, dass, wenn es erforderlich wird, wir nur gemeinsam etwas erreichen können.

Gemeinsam sind wir stark

Deshalb müssen wir wachsam sein und wenn es erforderlich wird, gemeinsam – Pensionäre, Tarifbeschäftigte und Beamte – unseren Protest auf die Straße bringen. Sei es mit Warnstreikaktionen die von Beamten mit Freizeitausgleich und Pensionären begleitet werden, oder der Bereitschaft der Tarifbeschäftigten – falls erforderlich – in den Streik einzutreten.

Geschenkt bekommen wir nichts und Gerechtigkeit für gute Arbeit ist ein Fremdwort geworden in diesem Land. Deshalb müssen wir uns dafür starkmachen.

Euer Rüdiger Seidenspinner



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Januar Ausgabe 2017 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 25. November 2016. Für die Februar Ausgabe 2017 ist er am Freitag, dem 30. Dezember 2016.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

Wolfgang Kircher

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuer
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

„Eine für Alle“

So lautet das Motto des 25. Landesdelegiertentages der GdP Baden-Württemberg, der vom 15. 11. bis 17. 11. in Kornwestheim stattfindet.

Beim Delegiertentag wird der Landesvorstand über die geleistete Arbeit, die erreichten Ziele und die nicht erreichten Vorhaben Bericht erstatten.

Polizei des Landes Rechnung trägt und zum anderen Ungereimtheiten der Vergangenheit ausräumt.

Zudem werden wir unsere Satzung der Satzung der GdP Bund anpassen und ein Schiedsgericht installieren.

Nach der „Beurteilung der Arbeit des Landesvorstand“ wird er entlastet und ein neuer Landesvorstand gewählt.



Landesdelegiertentag 2011: Die Delegierten bei der Abstimmung

Wir werden gemeinsam die Vergangenheit aufarbeiten und die Weichen in die Zukunft stellen. Die Bezirksgruppen, die laut Übergangssatzung im Landesvorstand vertreten sind, und die anderen Antragsberechtigten haben ca. 150 verschiedene Anträge gestellt, die ausführlich diskutiert, beraten und dann mehrheitlich beschlossen werden.

Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg, wird sich eine neue Satzung geben, die zum einen der Veränderungen in der

Es wird eine spannende und arbeitsreiche Woche werden, doch ist es immer interessant, wenn das höchste Gremium der Gewerkschaft der Polizei auf Landesebene zusammentritt.

Jedes GdP-Mitglied kann an unserem Delegiertentag als Zuschauer teilnehmen. Rederecht und das Recht mitzubestimmen haben allerdings nur die in den Bezirksgruppen gewählten Delegierten.

Wir freuen uns auf unseren Delegiertentag.

Euer Rüdiger Seidenspinner

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei





Gewerkschaft der Polizei

23. Kinder- und Jugendfreizeit der GdP Baden-Württemberg „Welcome to the Jungle“

Vom 30. 7. bis 6. 8. 2016 fand die GdP-Kinder- und Jugendfreizeit im DGB-Jugendcamp in Markelfingen am Bodensee statt. Die 20 Betreuer und das fünfköpfige Organisationsteam konnten 114 Kinder und Jugendliche im Alter von sieben bis 14 Jahren begrüßen.

Die diesjährige Freizeit stand unter dem Motto „Welcome to the Jungle“. Beim DGB-Jugendcamp handelt es sich um einen Zeltplatz mit 39 Großzelten direkt am Bodensee. Der Platz besitzt einen eigenen Zugang zum Bodensee, in welchem sich eine eigene Badeinsel befindet.



Übersicht über das Camp

Während der Woche wurden den Kindern und Jugendlichen verschiedene Programmpunkte angeboten. Sie konnten entweder basteln, sich bei der Dschungelolympiade austoben oder einfach nur gemütlich im Bodensee planschen. Die Kleineren besuchten an einem Tag einen Zoo mit Freizeitpark und die Größeren durften sich einen Tag in Konstanz aufhalten.

Auch abends war für Programm gesorgt. So fanden ein Disco- und ein Kinoabend, eine Beachparty, eine Talentshow und der Abschlussabend statt. An

diesem Abend führte jede Gruppe etwas vor. Hierfür liefen die Vorbereitungen bereits die Woche über.

Die Freizeit wurde außerdem von Manne Lucha, dem Minister für Soziales und Integration, besucht. Neben ihm waren auch der Landrat und der stellvertretende Oberbürgermeister der Gemeinde Radolfzell zu Besuch.

Die Eltern der Kinder wurden täglich in Form einer Lagerzeitung auf dem Laufenden gehalten. Hier wurden die neuesten Berichte und Bilder aus dem Camp übermittelt und die Eltern konnten den Kindern in Form von „Elternbriefen“ Nachrichten zukommen lassen. Dies wurde sehr oft in Anspruch genommen und führte zu so manchem Gedränge an der Pinnwand mit den Elternbriefen.

Die Kinder und Jugendlichen verbrachten wie die Jahre zuvor eine grandiose und unvergessliche Zeit



So lässt es sich leben! Bei schönem Wetter im See baden.

am Bodensee – und so manche Träne wurde beim Abschied vergossen.

An dieser Stelle möchte das Organisationsteam der JUNGEN GRUPPE nochmals allen Betreuern ein dickes Dankeschön aussprechen. Sie haben es geschafft, die gesamte Woche lang

immer für die jungen Teilnehmer da zu sein und täglich ein tolles und abwechslungsreiches Programm anzubieten. Auch bedanken wir uns beim DGB für die sehr gute Zusammenarbeit und ständige Unterstützung des Organisationsteams und der Betreuer.

Wir freuen uns bereits jetzt auf die 24. Kinder- und Jugendfreizeit 2017!

Verena Keppler,
Landesjugendvorsitzende GdP BW

POLIZEIREFORM

Der „Baustopp“ und seine Folgen

Man kann ja zur Polizeireform stehen wie man will. Doch was zurzeit gemacht wird, ist ein großer Fehler. Im Haushalt sind Gelder für Baumaßnahmen eingestellt und wurden nun auf Eis gelegt.

Dazu gehören notwendige Baumaßnahmen für marode Dienstgebäude und für die Führungs- und Lagezentren in den Präsidien. Dass dort Menschen arbeiten sei nur mal am Rande erwähnt, denn das spielt offenbar bei der verantwortlichen Politik keine Rolle.

Dass man aber einen Alarmplan erarbeitet, in dem bestimmte Führungs- und Lagezentren als zentrale Führungsdienststellen ausgewiesen sind, diese aber baulich und technisch dazu nicht in der Lage sind, ist einem Schuldbürgerstreich gleichzusetzen.

Wie ernst nehmen die dafür Verantwortlichen die Terrorgefahr eigentlich wirklich? Ist man sich eigentlich der Tragweite der Entscheidung, die Baumaßnahmen zu stoppen, bewusst? Wird hier die Polizei mal wieder für politische Spielchen missbraucht?

Wer solche Entscheidungen trifft, ist – sollte bei einer sehr ernstesten Lage etwas schiefgehen – einer der ersten, der mit dem Finger auf die Polizei zeigt.

Es ist unerträglich, wie hier mit der Polizei, deren Beschäftigten und auch mit der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gespielt wird.

Es zeigt, dass politisches Machtgehabe über allem steht, sogar über der Vernunft!

RSeid



Nebenabreden und ihre Folgen

Die geheimen Nebenabreden zwischen den Koalitionspartnern sind nach ihrem Bekanntwerden nun nicht mehr geheim.

Die Landesregierung will 3500 Stellen streichen und durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten weitere 1500 wegfallen lassen. Dazu sollen noch Eingriffe in die Besoldung und Pensionen erfolgen. In der Summe sollen diese Maßnahmen den Landesetat um 550 Millionen Euro pro Jahr entlasten.



Gleichzeitig wird die Ministerialbürokratie aufgeblasen, dass es einem angst und bange wird.

Die grün-schwarze Landesregierung will also noch mehr Stellen abbauen und die Landesverwaltung, die ohnehin schon in allen Bereichen am Limit läuft, noch mehr schwächen.

Man will Lebensarbeitszeitkonten einführen, über deren Bedingungen noch nicht einmal geredet wurde. Warum sollen Beschäftigte, die schon einmal auf Gehaltszuwächse verzichtet haben und dafür eine 38,5-Stunden-Woche erkämpft haben, die dann durch Federstrich wieder gestrichen wurde, sich auf ein solches Spiel einlassen?

Um am Schluss wieder die Dummen zu sein?

Ich glaube nicht, dass dies ein zweites Mal funktioniert.

Man will in die Besoldung und die Pensionen eingreifen. Was bedeutet für die verantwortliche Politik eigentlich noch der Begriff „Vertrauensschutz“?

Es werden die bestraft, die den Laden am Laufen halten! Es werden die bestraft, die jahrzehntelang dafür gesorgt haben, dass das Land Baden-Württemberg zu dem geworden ist, wie es nun dasteht.

Bei großen Firmen würden die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen einfach mal für gewisse Zeit den Schraubenschlüssel aus der Hand legen und die Bänder stillstehen lassen. Dafür würde unsere große Schwester IG Metall schon sorgen.

Da hat es der Arbeitgeber Land Baden-Württemberg schon einfacher, denn per Gesetz ist es einem Großteil der Landesbediensteten nicht erlaubt, seine Rechte auf diese Art als letztes Mittel einzufordern. Es ist schon ein Luxus für den Arbeitgeber, wenn man solche Regelungen treffen kann.

Wenn wir dann vorgehalten bekommen, dass wir das Berufsbeamtentum reformieren oder ganz abschaffen möchten, ist dies schon ein gedankliches Abenteuer.

Wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) werden diese Spielchen nicht mitmachen. Es wird spannend werden, wer uns alles folgen wird, habe da aber so meine Zweifel, dass die, die vor einigen Jahren noch lautstark gepfiffen haben, an unserer Seite stehen werden.

Ich rechne aber stark mit den Betroffenen, unseren Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir es jetzt nicht schaffen, gemeinsam gegen solche Vorhaben vorzugehen, dann packen sie uns ins Einweckglas und stellen uns ins Regal. Dann können sie mit uns machen was sie wollen.

Dazu kann/darf es nicht kommen!

Rüdiger Seidenspinner

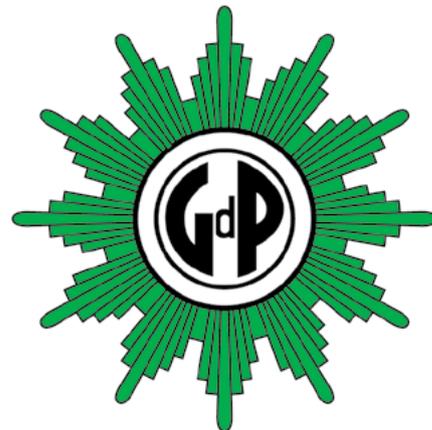
40 Jahre AG Schwerbehinder-tenvertretung



Von rechts nach links: Andreas Schackert, Hans-Jürgen Kirstein und Dr. Michael Karpf

Gerne ist die GdP, welche durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Kirstein vertreten wurde, der Einladung der AG Schwerbehindertenvertretung Baden-Württemberg zu deren 40-jährigen Jubiläum gefolgt. In den Reden kam deutlich zum Ausdruck, dass hier im Ländle noch einiges zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen verbessert werden müsste. Es bleibt zu hoffen, dass die Zusagen von MD Württemberg mit Leben erfüllt werden. Im Zuge der Veranstaltung nutzte der stellvertretende Landesvorsitzende die Gelegenheit, den Vertreter des DGB, Andreas Schackert, mit dem Hauptschwerbehindertenvertreter der Polizei, Dr. Michael Karpf, miteinander bekannt zu machen (siehe Bild). Hieraus kann sich eine sinnvolle Zusammenarbeit im Interesse von Menschen mit Behinderungen entwickeln.

H.-J. K.



FRAUENGRUPPE

„Flüchtlingsfrauen: Potenziale, Möglichkeiten, Perspektiven“

Vom 15. bis 17. Juli 2016 fand in der Evangelischen Akademie in Bad Boll die Tagung: „Flüchtlingsfrauen: Potenziale, Möglichkeiten, Perspektiven – Eine Frauentagung zu Recht, Ausbildung, Arbeit und Gesundheit“ statt. Teilnehmerinnen waren 110 Frauen der verschiedensten Nationen.

Judith Kümmerle-Heck (GdP-Landesfrauenvorsitzende) und Kollegin Karen Seiter (stellvertretende GdP-Bezirksgruppenvorsitzende Ludwigburg) wurden hierzu vom DGB angefragt, ob sie als Vertreterinnen der GdP einen Vortrag über die Polizei halten würden.

Der Anfrage kamen sie gerne nach. Am Samstag referierten beide über polizeiliche Themen. Diese waren unter anderem: „Gleiches Recht der Poli-

zeibeamtinnen wie das der Polizeibeamten in Deutschland (Wenn eine Polizeibeamtin z. B. einem syrischen Mann Maßnahmen vorgibt, dann muss er diese auch von einer Frau befolgen)“,

„Welches Recht haben ausländische Frauen, wenn sie von ihren Männern geschlagen werden und was passiert, wenn die Polizei in einem solchen Fall gerufen wird (Rechte der Frau, Platzverweis)“, „Stellenwert der Polizeibeamtinnen als Mutter und während der Elternzeit“ und „Beantwortung

von Fragen zu Ausbildungsinhalten“. Der Vortrag wurde durch Dolmetscherinnen in die unterschiedlichen Sprachen übersetzt. Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung.

Nach einem gemütlichen Mittagessen mit den Flüchtlingsfrauen traten wir gut gestärkt wieder den Heimweg an.

Judith Kümmerle-Heck



Polizei Baden-Württemberg erhält das Zertifikat „Audit Familie und Beruf“

Im Juni 2016 hat die Polizei Baden-Württemberg das Zertifikat Beruf und Familie für ihr besonderes Engagement in familienbewusster Personalpolitik erhalten, so das Innenministerium Baden-Württemberg in einer Presseerklärung.

Das Zertifikat gilt als Nachweis für das Engagement eines Arbeitgebers im Bereich familienbewusste Personalpolitik und ist zuerst auch mal eine Absichtserklärung, sich in diesem Themenfeld zu verbessern. Dazu hat sich die Polizei Baden-Württemberg mit ihrer Führungsebene ausdrücklich bekannt und sich auf den Weg durch ein Auditierungsverfahren gemacht.

Am Anfang fand eine Ist-Stands-Erhebung (Basis-Checks) statt, die in einen Zielvereinbarungskatalog mit fest hinterlegter Zeitschiene mündete.

In den kommenden drei Jahren sollen in den Handlungsfeldern Arbeitszeit, Arbeitsort, Arbeitsorganisation, Information und Kommunika-



tion, Führung, Personalentwicklung sowie beim Handlungsfeld Service für Familien Maßnahmen beschrieben und umgesetzt werden.

Der erste Berichtszeitraum endet dabei schon zum 31. Mai 2017. Zu diesem Zeitpunkt muss zum ersten Mal Rechenschaft gegenüber der Au-

ditierungsgesellschaft über einen Teil der Maßnahmen abgelegt werden.

Konkret geht es z. B. um die Strukturierung des Elternzeitprozesses mit verbesserten Wiedereinstiegsbedingungen oder um eine leichtere Zugänglichkeit von Informationen rund um das Thema Beruf und Familie. Aber auch das Thema familienbewusste Führung steht ganz oben auf der Agenda.

Nach drei Jahren wird der Prozess nochmals überprüft und Bilanz gezogen über die Umsetzung der familienbewussten Personalpolitik.

Der Audit-Prozess wird von den Beauftragten für Chancengleichheit in der Polizei begleitet, vielfach unterstützt und von diesen als Chance für die Polizei betrachtet.

Der GdP-Landesfrauenvorstand verfolgt diesen Prozess ebenfalls mit kritischer Distanz, aber auch in der Hoffnung, dass die Polizei Baden-Württemberg sich durch das Auditierungsverfahren tatsächlich zu einem familienbewussten „Unternehmen“ entwickeln wird.

Dagmar Hölzl



Wie sicher ist Europa – Herausforderungen für die Polizeiarbeit

Vom 26. bis 29. 9. 2016 organisierte die Gewerkschaft der Polizei zum zweiten Mal in Verbindung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Europaseminar in Brüssel. Drei Tage wurde über das Thema „Wie sicher ist Europa? Herausforderungen für die Polizeiarbeit in der EU“ referiert und diskutiert.

22 Beamte und Beamtinnen aus verschiedenen Bundesländern, welche in den unterschiedlichsten Funktionen bei der GdP tätig sind, waren vertreten. Mir wurde die Möglichkeit eröffnet, als Vertreterin der Jungen Gruppe der GdP Baden-Württemberg an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Die Stadt Brüssel, welche als Zentrum der Europäischen Union gilt und sich spätestens seit den Anschlägen im März 2016 wieder intensiv mit dem Thema Sicherheit und Frieden beschäftigt, stellte einen besonderen Rahmen für das Seminar dar.

Das Seminar begann mit einem Vortrag über die „Rolle und Handlungsfelder der europäischen Polizeiaгентur Europol“. Die Referentin für Stabs- und Gremienarbeit aus Den Haag äußerte, dass das Thema Terrorismus in den letzten Jahren im Dornröschenschlaf lag und nun eine Herausforderung darstellt. Die Arbeit gestalte sich in Bezug auf die Informationsgewinnung schwierig, da die EU-Mitgliedsstaaten im Austausch sehr zurückhaltend sind. Aus der anschließenden Diskussion im Kreise der Seminarteilnehmer wurde erkennbar, dass ein einheitliches Datensystem auf Bundesebene gewünscht wird. Erst dann könne der Datenaustausch auf Europa ausgebaut werden.

Der Direktor der internationalen Polizeizusammenarbeit, Peter De Buyscher, aus Brüssel gab einen Einblick in die Polizeiarbeit in Brüssel und die Veränderungen zum Thema Innere Sicherheit seit den Anschlägen im März 2016 in Brüssel. Der Anstieg des Informationsaustausches nach den Anschlägen stieg um 400 Prozent. In Belgien sind derzeit ca. 450 Foreign Terrorist Fighters bekannt. Dabei handelt es sich um euro-

päische Staatsbürger, die in Kriegsregionen ausgereist sind, um beispielsweise in Syrien für den sogenannten Islamischen Staat (IS) zu kämpfen, um im Anschluss nach Europa zurückkehren, um dort Anschläge zu verüben.

Es werden nun Risikoanalysen und neue Verfahren erstellt, um die Gefahr weiterer Anschläge zu verringern beziehungsweise zu verhindern. Die internationale Polizeiarbeit sei nun wichtiger denn je, so Peter De Buyscher.

Auch bei der Ständigen Vertretung (StäV) der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel, welche für die deutschen Interessen in Brüssel vertreten ist und diese an Berlin weitergibt, wurde heiß diskutiert. Ein Thema, das die Beamten vor allem an den Außengrenzen zu Frankreich beschäftigt, ist die Verschärfung der Grenzkontrollen. Vertreter der StäV gaben an, sich mit dem Schengener Informationssystem zu beschäftigen, um dies besser für Grenzbeamte gestalten zu können. Des Weiteren möchte die StäV, die sich vermehrt in den letzten zwei Jahren mit dem Thema „Sicherheit in Europa“ beschäftigt, Europol massiv im Bereich des Informationsaustausches stärken und die Deradikalisierung stoppen.

Des Weiteren hatten wir die Möglichkeit eine Debatte im Europäischen Parlament mit MdEP Sylvia Yvonne Kaufmann, Mitglied des Europäischen Parlaments, S&D Gruppe, Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, zu führen. Frau Kaufmann kam einleitend auf die Problematik der Terrorismusbekämpfung zu sprechen und kritisierte auch den unzureichenden Informationsaustausch der Mitgliedsstaaten

und deren Kooperation. Es würde zu wenig Prävention im Bereich der Terrorismusbekämpfung stattfinden. Der Kernpunkt aus ihrer Sicht ist, dass wir zwar viele Gesetze haben, welche aber schlecht umgesetzt werden. Ihr Appell war, die gesetzgebende und ausführende Gewalt mehr zu verbinden.

Zum Seminarabschluss referierte Jörg Bruchmüller, Mitglied im Ge-



Gruppenbild der Seminarteilnehmer mit Yvonne Kaufmann im EU-Parlament.

schäftsführenden Bundesvorstand der GdP und zuständig für den Bereich „Internationales“, über die internationale Gewerkschaftsarbeit am Beispiel der GdP. Jörg Bruchmüller ist seit April 2016 mit einem GdP-Büro in Brüssel vertreten und kann in kurzen Wegen im Gesetzgebungsverfahren das Anliegen der Polizei vor Ort vertreten.

Als Fazit des diesjährigen Europaseminars lässt sich sagen, dass in den Gesprächen mit den Referenten aus Kommission, Parlament sowie der StäV erkennbar war, dass Ziele zeitlich schwer festgesetzt werden können. Zudem sei es ein Problem innerhalb der EU, dass zu viel Unkenntnis bzw. Unwissen in Bezug auf andere Mitgliedsstaaten vorhanden sei. Deshalb gaben die Referenten zu erkennen, dass sie über Lobbyarbeit seitens der GdP dankbar sind. Auch kamen bei dem Thema Datenschutz auf EU-Ebene Bedenken auf, da hierfür noch



GdP-EUROPASEMINAR IN BRÜSSEL

keine geeignete Rechtsgrundlage geschaffen wurde.

In Bezug auf die gewerkschaftliche Arbeit wäre die Vernetzung mit Gewerkschaften anderer Länder zu be-



Diskussionsrunde bei der Ständigen Vertretung in Brüssel.

grüßen. Mit dem internationalen Büro der GdP in Brüssel kann nun ein Netzwerk aufgebaut werden, dass

nicht nur durch Lobbyarbeit erreicht werden soll, sondern auch durch Veranstaltungen vor Ort, um sich international zu etablieren. Gerade in der jetzigen Zeit, die durch Terrorismus überschattet ist, ist es notwendig, sich durch Informationen gegenseitig zu unterstützen, denn Terrorismus macht an Landesgrenzen nicht halt.

Für mich war erkennbar, wie wichtig es ist, gewerkschaftlich organisiert zu sein und sich die Bedeutung einer Gewerkschaft nicht daran bemisst, ob ich mit Geschenken überhäuft werde, sondern inwieweit eine Gewerkschaft sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Polizei einsetzt. Denn es geht letztendlich auch um meine eigene Sicherheit als Polizeibeamtin. Und dort fühle ich mich in der GdP gut aufgehoben.

Carolin Schmid,
Junge Gruppe GdP Baden-Württemberg
Präsidium Einsatz

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN Ein Urgestein geht in Ruhestand

Nach 24 Jahren Autobahnpolizei geht ein Urgestein der Autobahn, in den verdienten Ruhestand.



Vom ersten Tag an, seit Gründung im Jahr 1992 war H. P. Bruder Tag und Nacht auf der Autobahn des jetzigen Verkehrskommissariats Offenburg unterwegs. In einer kleinen Feierstunde wurde H. P. Bruder in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Dirk Weis von der BG Offenburg übergab ihm, zusammen mit den besten Wünschen für den neuen Lebensabschnitt, ein kleines Präsent.

Dirk Weis

NACHRUF

Der GdP-Landesbezirk Baden-Württemberg und die GdP-Bezirksgruppe Ludwigsburg trauern um Klaus Schäfer, der am 6. September im Alter von 73 Jahren verstorben ist.

Klaus Schäfer ist 1964 von der ÖTV in die GdP eingetreten.

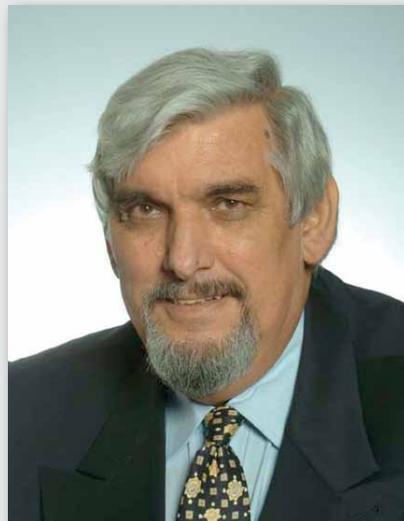
Von 1968 bis 1978 war er Landesjugendvorsitzender der Jungen Gruppe, von 1973 bis 1976 Bundesjugendvorsitzender und Mitglied im GdP-Bundesvorstand.

Von 1972 bis 2001 war er Mitglied im GdP-Landesvorstand, von 1975 bis 1978 im geschäftsführenden Landesvorstand, von 1978 bis zu seiner Pensionierung war er außerdem Vorsitzender der GdP-Kreisgruppen Verkehrskommissariat Stuttgart, später GdP-Kreisgruppe Stuttgart APD.

Von 1981 bis 2002 war er Vorsitzender des Örtlichen Personalrats der APD Stuttgart.

Für sein gewerkschaftliches Engagement hat er zahlreiche Auszeichnungen erhalten. Neben den Ehrungen für 25-, 40- und 50-jährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft wurde er 1988 vom Landesdelegiertentag für besondere Ver-

dienste ausgezeichnet und im Mai 1990 erhielt er die GdP-Verdienstmedaille für seine langjährige Tätigkeit auf Landesebene.



Klaus Schäfer war ein streitbarer Gewerkschafter, der es sich nicht nehmen lies, auch unangenehme Sachverhalte anzusprechen und anzupacken.

Der GdP-Landesbezirk Baden-Württemberg wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Einladung zur Weihnachtsfeier der GdP-BG des PP Stuttgart

Am Mittwoch, den 7. 12. 2016, ab 15.30 Uhr lädt die GdP Bezirksgruppe Stuttgart zu einem gemütlichen vorweihnachtlichem Treffen ins Casino des Polizeipräsidiums Stuttgart, Hahnenmannstraße 1 ein.

Kommt vorbei und lasst euch Kaffee & Kuchen, sowie einem Abendessen, schmecken. Um planen zu können solltet Ihr euch unter 07 11/89 90-10 53;

peter.scherer@polizei.bwl.de oder 07 11/89 90-46 64;

Armin.Schwarz@polizei.bwl.de bis 2. Dezember anmelden. Über zahlreiche Rückmeldungen freuen wir uns.

Peter Scherer



150 neue Polizistinnen und Polizisten vereidigt

Es war wieder einmal ein sonniger Tag in Biberach, als 150 junge Polizistinnen und Polizisten vereidigt wurden. Wie zu erwarten war, sind die Wortbeiträge wieder sehr gelungen gewesen und haben dem Anlass entsprechend unsere neuen Kolleginnen und Kollegen auf den Vereidigungsakt eingestimmt. Das Landesmusikorchester hat ebenfalls hervorragende

Beiträge geleistet, welche mit viel Applaus belohnt wurden.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Hans-Jürgen Kirstein (siehe Bild) hat zum wiederholten Male gerne die GdP in seiner „alten“ Dienststelle vertreten. Konnte er doch die Gelegenheit nutzen, viele Gespräche zu führen und sich über Veränderungen zu informieren.

H.-J. K.



GEWERKSCHAFTSARBEIT

Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

8. und 9. September 2016: Berliner Abgeordnetenrunde mit verschiedenen MdBs zum Thema „Innere Sicherheit“; der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner hatte die Möglichkeit, mit verschiedenen Bundestagsabgeordneten über die aktuelle Lage und die damit verbundenen Probleme und Belastungen der Polizei zu sprechen.

13. September 2016: Der geschäftsführende Bundesvorstand tagt in Berlin.

14. und 15. September 2016: Am Tag darauf tagte der Bundesvorstand, Baden-Württemberg wurde durch die stellvertretende Landesvorsitzende Christina Falk vertreten.

19. September 2016: In Stuttgart trifft sich der DGB-Koordinierungskreis Beamtenpolitik. Der stellvertretende Landesvorsitzende Hans-Jürgen Kirstein hat teilgenommen.

19. September 2016: Veranstaltung über das Distanz-Elektro-Impuls-Gerät, auch kurz Taser genannt. Die GdP ging mit ihrer Einschätzung, die gerade bei den Bezirksgruppen zur Diskussion steht, gar nicht so auf dem falschen Weg. Es ist immer besser, wenn sich jemand ausführlich und

umfassend mit einem Thema beschäftigt.

20. September 2016: Jahreshauptversammlung der GdP-Bezirksgruppe Offenburg in Bühl, Rüdiger Seidenspinner war dort.

26. und 27. September 2016: Der geschäftsführende GdP-Landesvorstand und der Landesvorstand tagen in Karlsruhe. Eine neue Schulungskonzeption und ein Satzungsvorschlag wurden beschlossen. Hauptthema war der bevorstehende Landesdelegiertentag vom 15. bis 17. November 2016.

28. September 2016: Der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner trifft sich mit dem Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion, Sascha Binder, und anschließend mit dem Landesvorsitzenden der Grünen, Oliver Hildenbrand. Es ging um den Baustopp, die geplanten Einsparungen und die „Zukunftsfähigkeit der Polizei“.

28. September 2016: Die stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Kirstein und Wolfgang Kircher treffen sich mit GdP-Kolleginnen und -Kollegen der Bundespolizei auf dem Cannstatter Wasen, ebenso mit Kolleginnen und Kollegen der GdP-Bezirksgruppen Stuttgart und LKA, die sich im Nachbarzelt zusammengefunden hatten.

29. September 2016: Die Antragsberatungskommission zu den Satzungsanträgen tagte in der GdP-Geschäftsstelle.

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:

Ersten Polizeihauptkommissar
PP Offenburg: Joachim Lienert.

Kriminalhauptkommissar A 12
LKA: Henrik Stolpe.

Polizeihauptkommissar A 12
PTLS: Michael Lohmüller.

Polizeihauptkommissar/-in
LKA: Sebastian Moll.
PP Ludwigsburg: Frank, Hinner, Michael Harnisch, Nadine Friedl.

Polizeioberkommissar/-in
PP Ludwigsburg: Udo Bemsel, Lisa Böbel, Juliane Hofmann.

Polizeikommissar/-in
PP Ulm: Christine Blank, Holger Herrmann.

Polizeihauptmeister/-in +Z
PP Reutlingen: Katja Gienger.

Polizeihauptmeister/-in
PP Ludwigsburg: Christine Herzog, Anne Lange, Christian Rohde.

Es traten in den Ruhestand:
PP Karlsruhe: Bernd Schaffer, Harald Schmidt.
PP Offenburg: Hans-Peter Bruder.
PP Tuttlingen: Anton Schlesinger.

Wir wünschen im Ruhestand alles Gute.

Zusammengestellt von
Angelika Burckhardt

